

Die „Sterne Napoleons“

glänzten nicht lange

Auch an der Universität Leipzig hatte der Kaiser der französischen Großbourgeoisie — wie in Preußen und allen deutschen Staaten — devote Untertanen und aufrechte Widersacher. Die ersten waren keine Verehrer des Napoleon, der den reaktionären preußischen Feudalstaat in Stücke gehauen, die Auswüchse der Kleinstaaterei beseitigt und in den Rheinbundstaat mit dem Code Napoleon erstmals bürgerliches Recht und Gesetz in Deutschland eingeführt hatte, sondern sie huldigten ebenso unterwürfig und würdelos wie der preußische König oder Friedrich August III. von Sachsen dem Eroberer und Despoten Napoleon.

Unter den letzteren dagegen waren von echtem Nationalbewußtsein erfüllte Persönlichkeiten, nicht jenen beschränkten Nationalisten vergleichbar, von denen Marx und Engels schrieben: „Die deutschen Bürger, die über Napoleon schimpfen, weil er sie Zwickauer zu trinken zwingt und ihren Landfrieden stört, verschwendeten ihren ganzen moralischen Haß an ihn... während Napoleon ihnen durch seine Reinigung des deutschen Augustales und die Herstellung zivilisierter Kommunikation die größten Dienste leistete...“

Nein, Krug, Tschirner und andere namhafte Patrioten aus der Leipziger Professorenenschaft verfielen nicht dem Winden Franzosenhaß, sondern sie waren von der Woge der Volksbewegung gegen die drückende Fremdherrschaft mitgerissen worden, und hatten sich in ihrem Wirkungsbereich zu sprechen der öffentlichen Meinung gemacht. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Patrioten an der Leipziger Universität, von denen hier die Rede sein soll, stets und vollständig über die Gefahr im Bilde waren, die der Freiheit, um die sie kämpften, von seiten der feudalen Machthaber drohte bzw. überhaupt praktische Ziele zur Veränderung der inneren Verhältnisse Deutschlands verfolgt hätten. Gerade das aber offenbart nur die mangelnde Reife des deutschen Bürgertums und demzufolge die Schwäche der gesamten Bewegung.

Ihn nach der Schlacht bei Lützen beim Empfang einer Deputation der Stadt Leipzig zu der Bemerkung veranlaßte: „L'Université n'est pas trop bonne“ — die Universität ist nicht nach meinem Sinne. Der unmittelbare Anlaß dafür war, daß sich diesmal die jetzt von Prof. Krug geleitete Universität mit der Huldigung nicht befreite hatte.

Der Professor der Philosophie Wilhelm Traugott Krug, im Jahre der Völkerschlacht Rektor, war zweifellos die hervorragendste Gestalt des patriotischen Volkskampfes gegen Napoleon an der Universität. Bevor er 1809 nach Leipzig gekommen war, wirkte hier bis zu seinem Tode im Jahre 1842, war er Nachfolger Kants auf dessen Lehrstuhl in Königsberg. Er wird gerühmt als namhafter Gelehrter, der es sich nicht nehmen ließ, zu den Zeitereignissen seine Stellungnahme öffentlich zu bekunden und mit geschliffener Klinge und praktischem Verstand in die geistigen Fehden seiner Zeit einzugreifen. Das mag auch der Grund dafür gewesen sein, daß er — wie einer seiner Biographen vermerkt — nicht das volle Vertrauen der obersten Behörde seines Vaterlandes genoss.

Noch während der französischen Besatzungszeit, die bis zum Frühjahr 1813 dauerte, kursierte an der Universität ein aus seiner Feder stammendes „Neues Gaudemus“ — das alte Studentenlied mit neuem Text in lateinischer und deutscher Fassung. Es heißt darin:

Einige Kapitel aus der Geschichte der Universität Leipzig in der Zeit der napoleonischen Fremdherrschaft und der Befreiungskriege

„Wer, wie Löwen, ohne Recht, Herrschen will, soll sterben! Wer die Freiheit will erdrücken, Wer die Völker will berücken, Stürze in Verderben!“

In „Meine Lebensreise“ schreibt er, daß er am liebsten mit den Russen und Preußen mitgegangen wäre, als diese im Frühjahr 1813 in Leipzig einzogen, wenn er nicht gerade in dieser kritischen Zeit zum Rektor der Universität gewählt worden wäre. Den Franzosen war er stets verächtlich-Stolz berichtet er, daß er in den Listen des Hauptquartiers Napoleon als ein „tres maussade sujet“ — sehr unzuverlässige Person — eingetragen war. Er war es auch, der bei einer Gratulationsfeier anlässlich des Kaisers Geburtstag den zweideutigen Toast auf das französische Heer ausbrachte, es möchte der Welt bald den Frieden schenken, das heißt — wie er später selbst ausdrückte —, sich nach Hause begeben.

„Sie hätten mich folgeschonnen“, schreibt er, „wenn sie geruht hätten, daß ich der Verfasser nicht bloß jenes Gedichts (des „Neuen Gaudemus“), sondern auch zweier anderer Aufsätze war, die damals in Leipziger Zeitungen erschienen.“

Während der Zeit der französischen Besetzung war Krug den Anforderungen und Schikanen der französischen Behörden ausgesetzt. Universitätsgebäude wurden für militärische Zwecke verlangt, Hochschullehrer trotz gegenteiliger Versprechen zur sogenannten Bürgergarde eingezogen usw. (Bei Auseinandersetzungen darüber hatte der Rektor allerdings in dem Jura-Professor Dr. Diemer einen gewandten Helfer, der mit den Besatzungsbehörden umzugehen und den Zorn von Krug und der Universität abzuwenden verstand.) Anlässlich einer Audienz im Königshaus am Markt verlangte Napoleon ausdrücklich nach den Vertretern der Universität („Du sont les députés de l'Université?“), um ihn Rektor und die anwesenden Professoren dafür abzuankeln, daß eine Reihe Leipziger Studenten in das Lützowische Korps eingetreten waren, welches im April 1813 in Leipzig war und dem auch der ehemalige Leipziger Student Theodor Körner angehörte.

Mitten im Kanonendonner der Völkerschlacht zog Krug die Purpurroße des Rektors aus und schloß sich nach reiflicher Überlegung dem bald darauf gegründeten „Banner der freiwilligen Sachsen“ an: „Du hast — dacht ich — andere zum Kampf ernannt und wolltest selbst hinter dem Ofen sitzen bleiben? Endlich fiel mir das neue Gaudemus wieder in die Hände. Als ich die letzte Strophe gelesen hatte, schämte ich mich, daß ich gerudert hatte. Rasch ging ich auf das zu diesem Zweck errichtete Anmeldebüreau und ließ meinen Namen unter die Freiwilligen setzen.“

Für eben dieses „Banner der freiwilligen Sachsen“, in das er eintrat, schrieb Krug neben anderen Kampfliedern auch das populär gewordene, auf dem Marsch oft gesungene Bannerlied.

Ein aufschlußreiches Dokument ist die Rede, die Krug, derzeit schon Mitglied des Banners, an seine Studenten richtete: „Viele von Euch, theure Jünglinge“, beginnt er, „haben schon das Buch mit dem Schwerdt vertauscht, um Teutschlands Freiheit erringen zu helfen; und ich, Euer Lehrer, hab' es nicht nur gebilligt, sondern selbst meinen Hörsaal geschlossen, um mit Euch für denselben hohen Zweck zu kämpfen.“

Er fährt fort, daß dieser Appell ungenutzt sei, wenn man nicht mit Krug die oft genug den Krieg mit Klopstock als „des Menschengeschlechts Brandmal alle Jahrhunderte durch“ verdammt habe. „Wohl ist er dies“, erklärt er, „wird er geführt von einem bloßen Eroberer, der, alles Recht mit Füßen tretend, das Glück der Völker zertrümmert, nur immerfort von Triumph zu Triumph einerschreitend, das bluttriefende Schwerdt nicht in die Scheide stecken will, bis er die ganze Welt zu Füßen liegen sieht. Aber geföhrt von manchenfreundlichen Fürsten zur Beschützung des eigenen Herdes, zur Bezdümmung der Ehr- und

fes nicht nur die Befreiung des unterjochten Deutschlands, sondern auch die Vereinigung des getrennten Deutschlands, das heißt, die Überwindung der feudalen Zerrissenheit.

Zur Jahrfeier der Völkerschlacht am 19. Oktober 1814 sprach Tschirner in der Nikolaikirche die Worte:

„Auch der Friede, dessen wir uns heute freuen, wird einst wieder in blutigen Kämpfen endigen; auch die Ordnung, in die die europäischen Völker eintreten, wird nicht alle in gleichem Maße beglücken; auch die neue Verfassung des deutschen Vaterlandes, deren Gründung wir entgegensehen, wird nicht jede, selbst nicht jede gerechte Erwartung erfüllen.“

Damit ist im Grunde schon die historische Rechtmäßigkeit und das Programm der Bewegung angedeutet, die in den folgenden Jahren und Jahr-



Theodor Körner, ehemaliger Leipziger Student, der 1813 in das Lützowische Korps eintrat. Foto: Archiv

zehnten, z. B. dem Wartburgtreffen von 500 Studenten aus zwölf deutschen Universitätsstädten (am 4. Jahrestag der Völkerschlacht), dem Kampf der fortschrittlichen Professoren um die Gewährung politischer Rechte und die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und dem Widerstand gegen die knebelnden Karlsbader Beschlüsse und die „Demagogieverfolgung“ auch an den Hochschulen lebhaft Resonanz fand und die in der achtundvierziger Revolution kulminierte, in der die besten Vertreter des geistigen Lebens Deutschlands an der Seite des unbürokratischen und demokratischen Freiheitskämpfers stand. Allerdings setzte sich gleichzeitig der nationalistische Volks- und fortschrittliche Befreiungskrieg zu geben trugten, gerade in den nach 1813 gegründeten Burschenschaften fort. Am 18. Oktober 1817 wurde auf der Wartburg nicht nur Zeug- und Soldatenprügelstock sowie die Symbole reaktionärer Schriften und Gesetze, sondern auch das neue französische Bürgerliche Gesetzbuch in die Flammen geworfen.

Bereits diese wenigen überlieferten Quellen zur Geschichte der Universität Leipzig in der Zeit der napoleonischen Fremdherrschaft und der Befreiungskämpfe des Jahres 1813, deren Wendepunkt die Leipziger Schlacht war, zeugen davon, daß namhafte Gelehrte unter denen waren, die sich niemals erniedrigten, sondern das unverfälschte Nationalbewußtsein des deutschen Volkes erweckten und die stets weiterreichende Ziele im Auge hatten als die vollenständlichen und eigennütigen Landesherren, die sich in ihrer Mehrheit dem französischen Kaiser zu Füßen geworfen hatten, im Jahre des löblichen Sturmes nur vom allgemeinen Strom der Volksbewegung mitgerissen wurden, aber es verstanden, sich hier an die Spitze zu setzen. Die wahrhaft patriotisch gesinnten Hochschullehrer dagegen standen von vornherein in tätiger Opposition gegen den Eroberer, sie scheuten sich nicht, sondern sahen es als ihre Pflicht als Erzieher der Jugend an, ihre Studenten dazu aufzurufen, sich in diesem nationalen Kampfe für Freiheit und — wie erhofft — Neugestaltung Deutschlands als echte Kommilitonen, als Mitstreiter, zu bewähren; ja, sie gingen ihnen mit praktischem Beispiel voran.

Das ist das Vermächtnis eines kleinen Abschnittes der Geschichte unserer Universität. Günter Lippold

die antwort

„Warum können wir nicht genauso ungehindert nach Westdeutschland reisen, wie Bürger der Bundesrepublik bei uns einreisen können?“

Der Ausgangspunkt für eine richtige Antwort auf diese Frage liegt in der unterschiedlichen Stellung der beiden deutschen Staaten zur internationalen Entspannung, zur friedlichen Perspektive der deutschen Nation und auch zu den persönlichen Beziehungen zwischen den Bürgern beider deutscher Staaten.

Die DDR geht in ihrer gesamten Politik von der realen Existenz der westdeutschen Bundesrepublik aus. Wir verleugnen zwar nicht unsere Auffassung, daß die Bundesrepublik ein Staat ist, in dem die Verderber der deutschen Nation herrschen, doch wir wissen, daß der einzige Weg zur Lösung der deutschen Frage über die Sicherung der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten führt. Deshalb verlangt auch niemand in der DDR von Westdeutschen, nicht als Bürger dieser Bundesrepublik aufzutreten. Noch nie wurde ein Besucher irgendwelcher Verfolgungen oder Repressalien ausgesetzt, weil er sich hier in der DDR als Bürger der Bundesrepublik bezeichnet und bekannt hat.

Da uns das Schicksal der ganzen deutschen Nation am Herzen liegt, tritt unsere Republik für offene und wirklich freie Aussprachen der Bürger beider deutscher Staaten über die Lebensfragen des deutschen Volkes ein. Wir unterstützen es darum, wenn westdeutsche Bürger sich bei uns umsehen wollen, wenn sie sich einen gründlichen Einblick in die Erfolge verschaffen wollen, die wir bisher erreicht haben, und wir verheimlichen vor ihnen dabei auch nicht die Schwierigkeiten, die wir zu überwinden hatten und noch überwinden müssen.

Unsere auf die Entwicklung der friedlichen Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten gerichteten Politik entspricht es, daß wir den wissenschaftlichen Austausch so gut wie den freien Sportverkehr auf allen Ebenen fördern und unterstützen. Geleitet von dem zutiefst humanistischen Anliegen, die friedliche Perspektive der ganzen deutschen Nation zu sichern, treten wir auch für die Entwicklung der persönlichen Beziehungen zwischen den Bürgern beider deutscher Staaten ein. Wir geben darum den westdeutschen Bürgern die Möglichkeit, in die DDR zu kommen und hier ihre Verwandten zu besuchen, ohne sie in irgendwelcher Weise politischem Druck auszusetzen.

Es ist uns allerdings auch sehr gut bekannt, daß die regierenden Kreise Bonn mit diesem unseren Verhalten gar nicht einverstanden sind. Oft genug werden westdeutsche Bürger, bei denen der „Verdacht“ besteht, sich bei der Aussprache über die erste oder zweite Frage der Menschlichkeit, über die Wege zur Sicherung des Friedens, für wirkliche internationale Entspannung, beispielsweise für wirksame Abrüstungsmaßnahmen, und auch für die Entspannung in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ausgesprochen zu haben, bei ihrer Rückkehr nach Westdeutschland Repressalien ausgesetzt zu werden. Da werden Ermittlungsverfahren gegen sie eingeleitet, andere werden in Untersuchungshaft genommen, in der beruflichen Arbeit werden sie unter Druck gesetzt, und nicht zuletzt werden viele alte Mitglieder der Gewerkschaften oder der SPD aus diesen Organisationen ausgeschlossen.

Gerade umgekehrt verhält es sich mit den Reisen von Bürgern der DDR nach Westdeutschland. Die Frage, ob sie dort als Bürger der DDR behandelt werden, kann man nur vereinzelt beantworten. In der Regel werden sie brutal oder auch mit den Mitteln des „sonstigen Drucks“ — so bezeichnet diese Art der Repressalien einmal der verstorbene Bundesverfassungsgerichtspräsident Winfried — gezwungen, unsere Republik, ihren Staat zu verleugnen. In vielen Fällen verfolgte dieser Druck das Ziel, sie zu bewegen, nicht in die Republik zurückzukehren. Journalisten, Wissenschaftler, Verleger und Sportler werden von der westdeutschen Polizei und den Justizorganen wie Verbrecher behandelt. Erinnert sei hier nur an den letzten Skandal, an die Verhaftung Günter Hofes. Bekanntlich unternimmt die Bonner Regierung sogar alle Anstrengungen, um auf dem Wege über das allierte Travel Board in Westberlin die Beziehungen unserer Wissenschaftler, Sportler und Künstler zu ihren Kollegen in allen NATO-Staaten zu unterbinden. Mit dem neuen Strafgesetzbuchentwurf, in dem es zum Prinzip erhoben wird, das politische Verhalten der Bürger unserer Republik sogar innerhalb ihres eigenen Staates am westdeutschen Strafrecht zu messen; ist eine weitere Verschärfung dieser Tendenzen verbunden. Es ist die Pflicht unseres Staates, unsere Bürger vor allen sich daraus ergebenden Konsequenzen zu schützen. Bedarf es übrigens angesichts der jahrelangen Zurückhaltung von Kindern aus DDR-Familien in Westdeutschland noch eines weiteren Beweises für die Unmenslichkeit, von der sich die westdeutschen Staatsorgane in Bezug auf die persönlichen, familiären Beziehungen der Deutschen leiten lassen? In der Tat, was gelten diesen Herren die persönlichen und allgemeinsinnlichen Interessen der Bürger der DDR und des westdeutschen Staates? Waren es etwa nicht die führenden Politiker der CDU, die ihre Bereitschaft erklärten, Atombomben auf Leipzig und Dresden werden zu lassen? Betonten nicht eben diese Politiker im Bundestag bei der Debatte über die Einführung der Wehrpflicht in Westdeutschland ausdrücklich, der Gedanke, daß damit für die Pflege verwandtschaftlicher und sonstiger persönlicher Beziehungen zum anderen Teil Deutschlands erhebliche Erschwernisse verbunden sein könnten, dürfe absolut keine Rolle spielen, weil man ausschließlich davon auszugehen habe, daß „da drüben der potentielle Gegner von morgen“ stehe? Sa liegen die Tatsachen in Bezug auf den Reiseverkehr und kein Versuch der Sprecher des westdeutschen Imperialismus, in ihrer Praoogonda die Dinge auf den Kopf zu stellen, kann daran etwas ändern.

Der einzige Weg zur Änderung dieser Lage ist in der Politik der DDR vorgezeichnet. Er führt über die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, die nach unseren Vorschlägen die gegenseitige Anerkennung der Staatsbürgerschaft sowie der staatlichen Reisepässe einschließen sollte. Die Bildung einer gesamtdeutschen Kommission für Fragen des Reiseverkehrs könnte dabei eine Rolle spielen. Dieser Weg führt auch über die Beseitigung der Reste des zweiten Weltkrieges einschließlich der Liquidierung des allierten Travel Board in Westberlin. Er kann nur Wirklichkeit werden, wenn die entspannungsfördernden Positionen der Bonner Regierung in der Praxis überwunden werden.

Prof. Dr. Rudolf Arzinger